

# G2 Welche Gerichte gibt es in Hamburg?

## Teil 3: Ein Fall aus der Schule

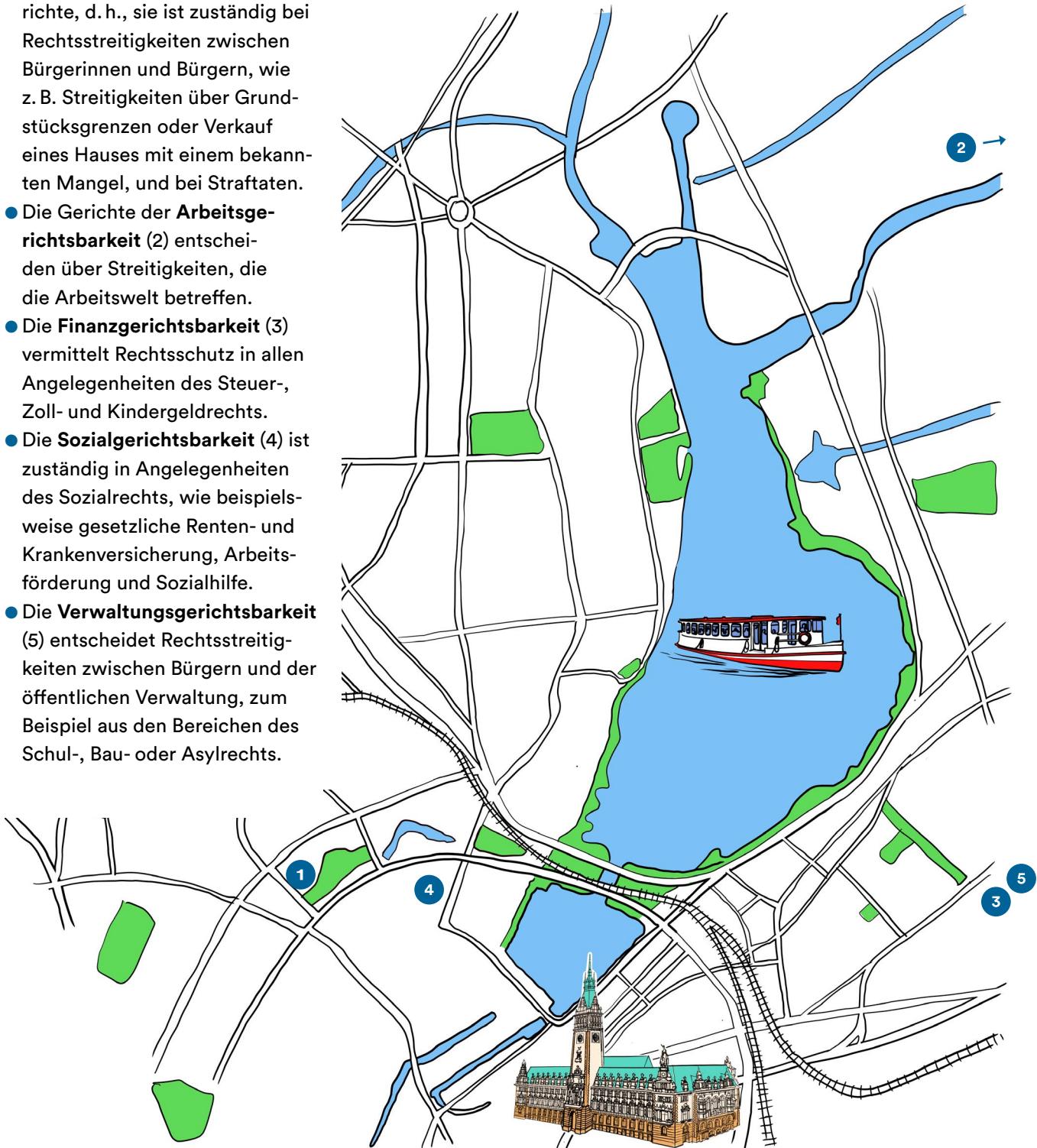
*Was vorgefallen ist und welche Rolle Eric dabei spielt, lest ihr im Modul #G1.*

- 1 Nach einem Vorfall in der Schule von Eric und Finn wird eine Klassenkonferenz einberufen. Was genau eine solche Klassenkonferenz beschließen kann, regelt das Hamburgische Schulgesetz. In diesem heißt es in § 49 HmbSG:
- 5 „(1) Erziehungsmaßnahmen und förmliche Ordnungsmaßnahmen [...] können auch dem Schutz beteiligter Personen dienen. Jede Maßnahme muss in einem angemessenen Verhältnis zum Fehlverhalten der Schülerin oder des Schülers stehen. Die körperliche Züchtigung und andere entwürdigende Erziehungsmaßnahmen sind verboten. [...] Ordnungsmaßnahmen sollen mit
- 10 Erziehungsmaßnahmen verknüpft werden. Aus Anlass desselben Fehlverhaltens darf höchstens eine Ordnungsmaßnahme getroffen werden.  
(...)
- (4) In den Sekundarstufen I und II können zur Sicherung der Erziehungs- und
- 15 Unterrichtsarbeit der Schule oder zum Schutz beteiligter Personen folgende Ordnungsmaßnahmen getroffen werden:
  1. der schriftliche Verweis,
  2. der Ausschluss vom Unterricht für einen bis höchstens zehn Unterrichtstage oder von einer Schulfahrt,
  - 20 3. die Umsetzung in eine Parallelklasse oder eine entsprechende organisatorische Gliederung,
  4. die Androhung der Überweisung in eine andere Schule mit dem gleichen Bildungsabschluss sowie bei schwerem Fehlverhalten
  5. die Überweisung in eine andere Schule mit dem gleichen Bildungsabschluss oder
  - 25 6. die Entlassung aus der allgemeinbildenden Schule und aus den Bildungsgängen der beruflichen Schulen, soweit die Schulpflicht erfüllt ist.“
- 30 In unserem Beispielfall beschließt die Klassenkonferenz, dass Eric für zehn Tage vom Unterricht ausgeschlossen wird. Des Weiteren werden mehrere Erziehungsmaßnahmen ergriffen: ein Gespräch mit der Beratungslehrkraft, Ordnungsdienst in der Klasse und der Ausschluss von der Mitarbeit im Schulsanitätsdienst.

## G2a Die fünf Gerichtsbarkeiten

Wenn Hamburgerinnen und Hamburger untereinander oder mit der Stadt über Rechtsfragen streiten, können sie Gerichte anrufen, die dann entscheiden. Gerichte sind unabhängig, was bedeutet, dass niemand, auch nicht die Bürgerschaft oder der Senat, auf Entscheidungen der Gerichte Einfluss nehmen darf. Die Gerichte haben jeweils ihre eigenen Zuständigkeiten. Grundsätzlich werden fünf Gerichtsbarkeiten unterschieden:

- **Die ordentliche Gerichtsbarkeit**  
(1) umfasst die Zivil- und Strafgerichte, d. h., sie ist zuständig bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürgerinnen und Bürgern, wie z. B. Streitigkeiten über Grundstücksgrenzen oder Verkauf eines Hauses mit einem bekannten Mangel, und bei Straftaten.
- **Die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit** (2) entscheiden über Streitigkeiten, die die Arbeitswelt betreffen.
- **Die Finanzgerichtsbarkeit** (3) vermittelt Rechtsschutz in allen Angelegenheiten des Steuer-, Zoll- und Kindergeldrechts.
- **Die Sozialgerichtsbarkeit** (4) ist zuständig in Angelegenheiten des Sozialrechts, wie beispielsweise gesetzliche Renten- und Krankenversicherung, Arbeitsförderung und Sozialhilfe.
- **Die Verwaltungsgerichtsbarkeit** (5) entscheidet Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürgern und der öffentlichen Verwaltung, zum Beispiel aus den Bereichen des Schul-, Bau- oder Asylrechts.



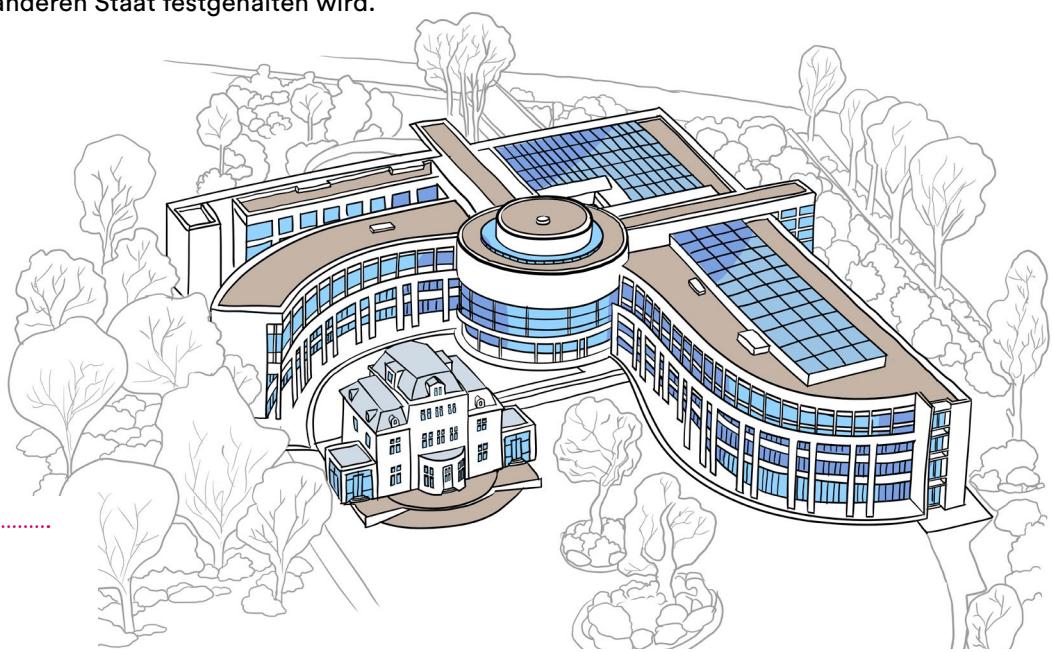
### G2b Das Hamburgische Verfassungsgericht

- 1 Neben den fünf Gerichtsbarkeiten und ihren Gerichten gibt es noch das Hamburgische Verfassungsgericht. Dieses stellt nicht die höchste Ebene dar, sondern ist ein Verfassungsorgan, wie die Hamburgische Bürgerschaft und der Senat. Es urteilt unter anderem bei verfassungsrechtlichen Streitigkeiten
- 5 zwischen den Verfassungsorganen, also zwischen Bürgerschaft und Senat. Zudem ist es für Beschwerden in Bezug auf die Gültigkeit von Wahlen und die Durchführung von Volksentscheiden zuständig.



### G2c Der Internationale Seegerichtshof

- 1 Hamburg ist zudem Sitz des Internationalen Seegerichtshofs. Dieser hat mit den Gerichten in Hamburg bzw. der Bundesrepublik Deutschland nichts zu tun, sondern ist durch das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen entstanden. Er entscheidet bei Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens, beispielsweise dann, wenn eine Reederei aus einem Staat die Freigabe eines Schiffes fordert, das wegen des Vorwurfs der illegalen Fischerei von einem anderen Staat festgehalten wird.
- 5



● **Reederei**

Eine Reederei ist ein Schiffahrtsunternehmen.

G2d Fälle, über die Gerichte zu entscheiden haben

- 1 Ein Gesetz ist eine vom Rechtsetzungsorgan des Staates (in der Regel Parlemente, z. B. die Hamburgische Bürgerschaft) erlassene, rechtlich verbindliche Vorschrift, die ein Verbot, ein Gebot oder eine Erlaubnis beinhaltet. Gesetze geben vor, wie man sich in einer Gesellschaft verhalten soll. Die Menschen einer Gesellschaft können sich auf Gesetze berufen und werden durch sie geschützt. Gesetze regeln also das Zusammenleben in einer Gesellschaft.



**1. Herr Meier** im Stadtteil Langenhorn fühlt sich durch seinen Nachbarn in seiner Nachtruhe gestört, weil dieser auf seiner Terrasse laut Musik hört.



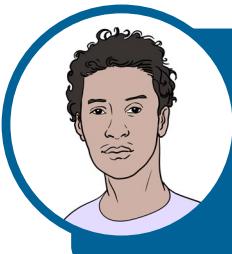
**6. Frau Clausen** wurde vom Bezirksamt verwehrt, ihr Haus in Bahrenfeld um einen Anbau zu erweitern. Sie will gegen die Entscheidung vorgehen.



**2. Frau Schaller** arbeitet als Kassiererin in einem Supermarkt in Alsterdorf. Ihr wurde von ihrem Arbeitgeber gekündigt, da sie sich zwei Leergut-Bons, die Kunden liegen gelassen hatten, selbst ausgezahlt hat. Sie findet die Kündigung nicht in Ordnung.



**7. Frau Petersen** ist Bürgergeld-Empfängerin und erhält von ihrem Vermieter eine Nachforderung für Heizkosten. Die Agentur für Arbeit will den Betrag nicht bezahlen. Frau Petersen ist jedoch der Ansicht, dass sie das müsse.



**3. Ibrahim** ist mit seiner Familie aus Syrien geflüchtet. Der Asylantrag der Familie wurde abgelehnt, was die Familie nicht nachvollziehen kann.



**8. Frau Ying** wird arbeitslos und soll 850 Euro Arbeitslosengeld I bekommen. Sie ist jedoch der Ansicht, dass die Höhe falsch berechnet wurde.



**4. Herr Sas** soll laut Steuerbescheid des Finanzamts Hamburg-Nord 5000 Euro nachzahlen. Er hält die Nachzahlung für unberechtigt und möchte sich dagegen wehren.



**9. Der Senat**, d. h. die Regierung Hamburgs, hat beschlossen, in Harburg eine Flüchtlingsunterkunft zu bauen. **Anwohner** wollen dagegen klagen.



**5. Der Fußballspieler Klaus Flake** ist von der Hamburger Polizei zum wiederholten Mal beim Autofahren ohne Führerschein angehalten worden. Er soll nun bestraft werden.

## Teil 4: Ein Fall aus der Schule

*Was vorgefallen ist und welche Rolle Eric dabei spielt, lest ihr im Modul #G1. Welche Erziehungsmaßnahmen die Klassenkonferenz beschlossen hat, erfahrt ihr in Modul #G2.*

- 1 Erics Eltern sind mit allen beschlossenen Erziehungsmaßnahmen der Klassenkonferenz einverstanden, empfinden den Ausschluss vom Unterricht jedoch als unverhältnismäßig hart, da sich Eric bisher nichts hat zuschulden kommen lassen. Sie entscheiden sich deshalb, gegen den Beschluss der Klassenkonferenz zu klagen.



*Das Haus der Gerichte in Hamburg*

Da eine Entscheidung der Klassenkonferenz als ein Akt der Hamburger Verwaltung gilt, ist die Klage beim Verwaltungsgericht Hamburg einzureichen (siehe auch #G2a).

G2e

## So wie im Fernsehen? Ein Blick in das Verwaltungsgericht Hamburg



*Der kleine  
Sitzungssaal*

- 1 Die Schülerinnen und Schüler der 9b haben festgestellt, dass sie Gerichte nur aus amerikanischen Serien kennen. Aber stimmt dieses Bild mit der deutschen Realität überein? Die PGW-Lehrerin hat
- 5 daraufhin mit dem Verwaltungsgericht einen Besichtigstermin ausgemacht. Keine zwei Wochen später steht die Klasse vor der modernen Fassade des Gerichtsgebäudes am Lübeckertordamm: „So habe ich mir das Gerichtsgebäude nicht vor-
- 10 gestellt, eher prunkvoller“, meint Lisa und schaut am Gebäude hinauf. „Das war früher auch so“, geht Herr Schönberg, Richter des Verwaltungsgerichts Hamburg, auf Lisas Kommentar ein. „Früher sollten Gerichtsgebäude die Macht der Gerichte, über
- 15 Fragen des Rechts zu urteilen, ausdrücken. Die Gerichtsgebäude aus der Kaiserzeit am Sievekingplatz sind noch nach dieser Vorstellung gebaut worden. Heute ist es uns wichtiger, dass wir mit den Gebäuden ausdrücken, dass wir ein Teil der Gesellschaft
- 20 sind und unsere Gebäude so aussehen wie andere Gebäude in der Stadt auch.“

25

Auf dem Weg ins Gebäude beginnt Herr Schönberg über das Haus der Gerichte zu erzählen. „Im Haus der Gerichte haben ganz unterschiedliche

- 30 Gerichte ihren Sitz: das Amtsgericht Hamburg-St. Georg mit seiner Zuständigkeit für Zivil- und Strafverfahren, das Verwaltungsgericht, dem ich angehöre, das Oberverwaltungsgericht und das Finanzgericht. Das Verwaltungsgericht hat 2023
- 35 6.132 Verfahren entschieden. Das ist viel Arbeit für die 20 allgemeinen Kammern und fünf Fachkammern und für die knapp über 70 Richterinnen und Richter. Das Verwaltungsgericht entscheidet über alle Streitigkeiten zwischen der Bürgerin bzw. dem
- 40 Bürger und dem Staat. Es geht in diesen Verfahren etwa um die Zulassung zum Hochschulstudium, die Anfechtung eines Versammlungsverbots, die Entziehung der Fahrerlaubnis, um Asylverfahren, um beamtenrechtliche Streitfälle, wer beispielsweise die Schulleitung eines Gymnasiums übernehmen soll.“

50

- „Also könnte ich“, unterbricht Lucy Herrn Schönberg, „auch dagegen klagen, dass in unserer Nachbarschaft ein großer Möbelmarkt entstehen soll?“ „Ja, du beziehungsweise deine Eltern müssten dann die Baugenehmigung zur Errichtung dieses Möbelhauses gerichtlich anfechten. Das Verwaltungsgericht würde dann prüfen, ob ihr durch dieses Bauvorhaben in euren Nachbarschaftsrechten verletzt werdet.“



„Und das Oberverwaltungsgericht – ist das für die ganz schwierigen Fälle zuständig, also etwa für Schwerverbrecherinnen und Schwerverbrecher?“, fragt Anna Herrn Schönberg. Dieser erwidert lachend: „Nein, damit hat es nichts zu tun; das machen die Strafgerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Das Oberverwaltungsgericht ist Rechtsmittelgericht, es steht über dem Verwaltungsgericht und entscheidet über Berufungen gegen verwaltungsgerichtliche Urteile. D. h., es wird überprüft, ob ein Urteil korrekt zustande kam oder gegebenenfalls Beweise neu betrachtet werden müssen. Dann könnte das Oberverwaltungsgericht eine Neuverhandlung des Falls anordnen. Nun kommt aber, ich zeige euch mal die Sitzungssäle im Haus der Gerichte.“



75 Angekommen im dritten Stock, öffnet Herr Schönberg die Tür zum großen Sitzungssaal. „Hier finden unsere Kammersitzungen mit drei Berufs- und zwei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern statt. Diese sitzen dann auf den Stühlen mit den hohen Lehnen. Wenn die Richterinnen und Richter reinkommen, bei der Vereidigung von Zeuginnen und Zeugen und bei der Verkündung des Urteils erheben sich alle von ihren Plätzen. An den vorderen Tischen sitzen Klägerin bzw. Kläger und die bzw. der Beklagte sowie eine Protokoll-



Der große Sitzungssaal im 3. Stock

führung“. Paula schaut sich um und wundert sich: „Der Raum ist ganz schön klein und auch sehr modern.“ „Stimmt, aber an einem Fall vor dem

- 90 Verwaltungsgericht nehmen weniger Menschen teil als an einem Strafprozess. Außerdem: Warum sollte ein Gerichtssaal, in dem moderne Fragen der Verwaltung diskutiert werden, nicht auch modern aussehen? Kommt, ich zeige euch noch einen
- 95 unserer kleineren Sitzungssäle.“ Die Klasse betritt einen weiteren Raum. „Hier finden kleinere Verfahren statt. Die Richterin oder der Richter sitzt dann mit allen Beteiligten an diesem runden Tisch. So gleicht die Verhandlung eher einem Gespräch.
- 100 In diesem soll eine einvernehmliche Beilegung des Rechtsstreits erzielt werden. So, ich hoffe, ihr habt nun einen guten ersten Eindruck von einem Hamburger Gericht bekommen. Noch Fragen?“

### ● Rechtsmittel

Rechtsmittel dienen der Überprüfung einer gerichtlichen Entscheidung durch eine höhere Instanz. Zu unterscheiden sind die Berufung und die Revision. Berufung nennt man die Überprüfung einer gerichtlichen Entscheidung in tatsächlicher als auch rechtlicher Hinsicht. Demgegenüber meint Revision die Überprüfung nur in rechtlicher Hinsicht, was zum Beispiel bedeutet, dass keine Zeugen mehr vernommen werden.

### ● Vereidigung

Bei einer Vereidigung leistet eine Person (z. B. eine Zeugin oder ein Sachverständiger) zur Bekräftigung der Aussage vor Gericht einen Eid und schwört damit, die Wahrheit zu sagen. Wenn später herauskommt, dass eine vereidigte Person nicht die Wahrheit gesagt hat, kann sie höher bestraft werden als ohne eine vorangegangene Vereidigung. Ob jemand vor Gericht vereidigt wird, entscheidet die Richterin bzw. der Richter.

## AUFGABEN

**1** Lies, welche Strafe in Teil 3 von „Ein Fall aus der Schule“ beschlossen wurde. Erstelle anschließend eine Tabelle, in deren linke Seite du einträgst, was zu Ordnungsmaßnahmen im Text steht, und rechts, von welchen Erziehungsmaßnahmen dort die Rede ist. Nenne jeweils ein Beispiel.

Beispiel:

Ordnungsmaßnahmen	Erziehungsmaßnahmen

 **2** Arbeitet heraus, was unter den Gerichten jeweils zu verstehen ist (#G2a). Bearbeitet hierfür eine der folgenden Aufgaben:

- a.  Teilt euch in Gruppen auf. Jede Gruppe erstellt ein Lernplakat zu der zugeteilten Gerichtsbarkeit. Recherchiert hierfür im Internet weitere Informationen.
- b.  Teilt euch in Gruppen auf. Jede Gruppe hält einen Kurzvortrag zu der zugeteilten Gerichtsbarkeit. Recherchiert hierfür im Internet weitere Informationen.
- c. Erstelle eine Tabelle, in die du die Aufgaben der verschiedenen Gerichtsbarkeiten einträgst.

Beispiel:

Gerichtsbarkeit	Aufgabe

- d.  Entwirf einen Lexikonartikel mit der Überschrift „Die fünf Gerichtsbarkeiten in Hamburg“.

**3** Teilt die Fälle aus #G2d jeweils der zuständigen Gerichtsbarkeit zu.

-  **4** Lest gemeinsam, wie es in Teil 4 von „Ein Fall aus der Schule“ weitergeht.
- a. Stellt euch vor, ihr seid Erics Eltern und geht zum Anwalt, dem ihr erklärt, dass ihr mit der Entscheidung nicht einverstanden seid. Verfasst einen Dialog zu dem Gespräch oder ein szenisches Spiel, das ihr in der Klasse nachspielt.
- b. Diskutiert, ob ihr die Entscheidung der Eltern nachvollziehen könnt.



**5** Erkläre, was unter dem Verwaltungsgericht Hamburg zu verstehen ist und wie es arbeitet (#G2e). Bearbeitet hierfür eine der folgenden Aufgaben:

- a. Unterstreiche in dem Text alle Informationen, die sich mit dem Verwaltungsgericht befassen.
- b. Teile den Text in Sinnabschnitte ein und gib diesen jeweils Überschriften.
- c. Schildere in eigenen Worten, was du aufgrund der Lektüre zum Thema Verwaltungsgericht gelernt hast.
- d.  Stellt die Führung durch das Gericht in der Klasse nach.
- e. Zeichne eine Skizze der Führung mit mindestens 4 Stationen.
- f.  Erstelle ein Lernplakat zum Verwaltungsgericht.

## Impressum

Herausgegeben von der Hamburgischen Bürgerschaft  
Bürgerschaftskanzlei, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg,  
[kontakt@bk.hamburg.de](mailto:kontakt@bk.hamburg.de), Barbara Ketelhut  
(verantwortlich)

Autor (2017):  
Stephan Benzmann (Gymnasium Eppendorf)  
in Zusammenarbeit mit  
Tanit Nadler (Irena-Sendler-Stadtteilschule) und  
Nela Riehl (Stadtteilschule Humboldtstraße)

Redaktion:  
Christoph Schoenfeld (Präsident des Finanzgerichts  
Hamburg und Vizepräsident des Hamburgischen  
Verfassungsgerichts),  
Dr. Helge Schröder (Landesinstitut für Lehrerbildung  
und Schulentwicklung Hamburg),  
Barbara Ketelhut (Bürgerschaftskanzlei),  
Luisa Wellhausen

Gestaltung und Gesamtproduktion:  
Lichten, [www.lichten.com](http://www.lichten.com)

Illustration: Marco Scuto

Fotos: Bürgerschaftskanzlei, Michael Zapf,  
Landeszentrale für politische Bildung Hamburg

Erste gedruckte Auflage: März 2017

**Überarbeitung und Ergänzung 2021:**  
Amy Benzmann (Gyula-Trebitsch-Stadtteilschule  
Tonndorf),  
Stephan Benzmann (Gymnasium Eppendorf),  
Christiane Höltmann (Friedrich-Ebert-Gymnasium),  
Katharina Kuckuck (Gymnasium Lerchenfeld),  
Dr. Helge Schröder (Landesinstitut für Lehrerbildung und  
Schulentwicklung Hamburg)